

Die Forderung der Entwicklungsländer nach Industrialisierung ist denn auch nicht neu; aber sie wurde bisher nie so nachdrücklich und umfassend, ja ultimativ erhoben wie in Lima. Schon 1956 war im Sekretariat der Generalversammlung der VN ein Referat für Fragen der Industrialisierung geschaffen worden. 1961 machte die Generalversammlung daraus ein Zentrum für Industrielle Entwicklung (Center of Industrial Development, CID). In demselben Maße, wie die Industrialisierung als Kern und Motor des gesamten wirtschaftlichen Wachstums erkannt wurde, wuchs für die Entwicklungsländer auch ihr Stellenwert als Element des Hilfesystems der Vereinten Nationen. Am 17. November 1966 beschloß die Generalversammlung (A/Res/2152), das CID in einer Sonderkörperschaft der Vereinten Nationen, die UNIDO, umzuwandeln mit der Aufgabe, die industrielle Entwicklung zu fördern und zur Beschleunigung der Industrialisierung in den Entwicklungsländern beizutragen, vor allem auf dem Gebiet der Erzeugung von fertigen Waren³.

Doch anders als die Industriestaaten verstand und versteht die Ungeduld der Entwicklungsländer unter Beschleunigung nicht vornehmlich eine politische und wirtschaftliche Bereitschaft, sondern Mittel und Instrumente, um diese Beschleunigung gemäß ihren Vorstellungen zu praktizieren. In dieser Absicht werden sie durch den Status behindert, den die UNIDO gemäß dem eben erwähnten Beschluß 1966 erhalten hatte. Sehr bald forderten die Entwicklungsländer daher gegen den hinhaltenden Widerstand mehr der westlichen, aber auch der östlichen Industriestaaten, die UNIDO aus einer Sonderkörperschaft mit halbautonomen Status, die von der UNO finanziell abhängig ist, in eine Sonderorganisation der VN mit voller Autonomie (Haushalt, eigene operative Mittel) ähnlich der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) umzuwandeln.

In Lima konnten sich die Industriestaaten dieser Forderung der Entwicklungsländer, deren Selbstbewußtsein als Folge unter anderem der Beschlüsse 82 und 84 der III. Welthandelskonferenz 1972 von Santiago (UNCTAD bezeichnet sowohl die Organisation wie die alle vier Jahre stattfindenden Konferenzen) und der sog. Ölkrise erheblich gestärkt worden war, nicht mehr entziehen⁴. In § 69 des am 27. März 1975 gegen die Stimme der USA verabschiedeten Aktionsplans wird der Generalversammlung der Vereinten Nationen empfohlen, die UNIDO in eine Sonderorganisation umzuwandeln.

Forderungen gegen wen?

Gegen wen richteten und richten sich die Forderungen der Entwicklungsländer in Sachen Industrialisierung? Sie richten sich sowohl gegen die Entwicklungsländer selbst wie gegen die Industriestaaten. »Maßnahmen im nationalen Bereich« (measures of national scope) heißt die erste Überschrift im Aktionsplan⁵. Dort werden in 16 Unterabschnitten des § 58 die »Elemente« aufgeführt, die die Entwicklungsländer bei ihren nationalen Maßnahmen zur Industrialisierung zu beachten hätten.

Die Reihenfolge der Hinweise an die eigene Adresse beginnt mit »der Formulierung langfristiger sowie klar definierter Pläne und Strategien für die Industrialisierung, die in erster Linie in nationalen Anstrengungen und konkreten Maßnahmen bestehen sowie in Einrichtungen zu deren Durchführung, in einer ständigen Überprüfung und wenn notwendig Anpassung«. Sodann werden die einzelnen Bereiche der Industrialisierung genannt — über ihre Reihenfolge unter 58 f I—III kann man, fachlich gesehen, anderer Meinung sein — bis »zur Einrichtung und Verstärkung der Vorkehrungen und Institutionen zur Regelung und Überwachung der ausländischen Investitionen und der Förderung des Transfers von Technologien«.

Eine Lanze für die Dritte Welt

Seit die ölproduzierenden Staaten mit durchschlagendem Erfolg die Ölwanne anwandten, ist in den Ländern der Dritten Welt der Ruf laut geworden, die Produzenten auch anderer Rohprodukte wie Zucker, Kaffee oder Kautschuk sollten sich zu einer geschlossenen Front zusammenschließen, um den Industriestaaten höhere Preise abzurufen. In den Industriestaaten ist man nur zu leicht bereit, derartige Überlegungen einer sinisternen Weltverschwörung zuzuschreiben, die die Zerstörung des Westens im Sinn habe. Denn, so wird argumentiert, höhere Weltmarktpreise für Rohstoffe müßten zu höheren Preisen der Fertigprodukte und damit zu Arbeitslosigkeit und zu einem allgemeinen Absinken des Lebensstandards des Westens führen. Daß man höhere Preise für Rohprodukte durch eine Verminderung der Gewinne abfangen könnte, davon wird nicht gesprochen, daran wird nicht einmal gedacht, wie die großen Ölgesellschaften während der Weltenergiekrise deutlich bewiesen haben. Noch erinnert man sich ihrer Krokodilstränen, mit denen sie der Welt erzählten, die erhöhten Rohölpreise würden ihnen keine Rücklagen und keine weiteren Bohrungen und technischen Verbesserungen erlauben. Heute weiß man, daß ganz im Gegenteil durch die erhöhten Ölpreise auch die Gewinne dieser Ölkonglomerate sprunghaft angestiegen sind.

Der Ruf »trade, not aid« (Handel, nicht Wirtschaftshilfe) hallt schon seit zehn, fünfzehn Jahren durch die internationalen Konferenzräume. Im Rahmen der UNCTAD, der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung, versuchen die Entwicklungsländer, die Habenichtse dieser Erde, seit Jahren, die reichen Staaten davon zu überzeugen, daß sie sich à la longue viele Milliarden an Auslandshilfe ersparen könnten, würden sie den Rohstoffproduzenten bessere Handelsbedingungen einräumen und ihnen damit ein erhöhtes Deviseneinkommen ermöglichen. Das würde sie in den Stand versetzen, auf dem Weltmarkt etwa für dringend benötigtes Getreide die gleichen Preise zu zahlen, die Russen und Chinesen zu zahlen in der Lage sind. Die Welternährungskonferenz vom vergangenen Herbst hätte sich nach dem Willen der Blockfreien nicht mit erhöhter Auslandshilfe für die Lebensmittelproduktion befassen sollen, sondern mit verbesserten Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer. Die kürzlich veröffentlichten Zahlen über den Außenhandel Südkoreas für 1974 zeigen ein Passivum von fast zwei Milliarden Dollar. Die Bilanzen anderer Länder werden nicht viel anders aussehen. Wieder wird der Hut herumgereicht werden, und die reichen Staaten werden das Handelsdefizit mehr oder weniger großzügig durch Hilfgelder gutmachen, sich selbst auf die Schulter klopfen und daraus politisches Kapital zu schlagen versuchen. Und sich wundern, daß die Erbitterung in den Entwicklungsländern weiter steigt. Kann man es diesen Ländern aber übelnehmen, wenn sie den industriellen Westen im Verdacht haben, er sei gar nicht daran interessiert, in der Dritten Welt einen wirtschaftlich gesunden, gleichberechtigten Handelspartner zu finden, sondern möchte die Entwicklungsländer lieber mit Hilfgeldern am Zügel halten?

Genau hier liegt der Hund begraben — aber nicht nur hier. Um es weniger metaphorisch zu sagen: Das Verlangen der Entwicklungsländer nach besseren Preisen für ihre Rohprodukte ist ebenso berechtigt wie ihr Vorwurf, die reichen Staaten schlossen sich zu einem Kartell zusammen, das dem Rest der Welt mitleidlos seine Preise diktiert. Trotz aller Auslandshilfe ist der Anteil der Entwicklungsländer am Weltexport von 30 bis unter 20 Prozent gesunken.

Doch es gibt auch ein Aber. Die Privatwirtschaft, die von den ehemaligen Kolonien wie eine Verschwörung gegen die Dritte Welt empfunden wird, hat sich strukturell und in jener Kolonialzeit so entwickelt, daß sie heute auch ohne bösen Willen am Schaltbrett der Weltwirtschaft sitzt. Diese Struktur trägt dazu bei, daß sich die Kluft zwischen armen und reichen Staaten vergrößert (the widening gap), die Reichen immer reicher und die armen Länder immer ärmer werden. Es ist nicht einmal so unrichtig, wenn die armen Länder behaupten, daß die Reichen selbst an der Wirtschaftshilfe, die sie ausschütten, noch verdienen. Man bedenke: Getreide, das etwa nach Bangladesch

verschenkt wird, liegt im Bauch großer Schiffe, die zumeist westlichen Gesellschaften gehören. Die Frachtgebühr kommt daher jenen Gesellschaften zugute. Die Güter werden versichert, und es gibt kaum eine große Versicherungsgesellschaft, die nicht westlichem Kapital gehört. Alle damit verbundenen Bankgeschäfte werden über die großen Bankhäuser des Westens abgeführt. Der Klub der Reichen verdient auf alle Fälle. Er bestimmt die Spielregeln, und wenn er zu wenig verdient, ändert er sehr oft die Regeln. Und vergißt bequemerweise, daß er damit genau das tut, was er verurteilt, wenn es die Rohstoffländer zu tun versuchen. Wobei nicht unbedingt an die OPEC-Staaten gedacht ist, denn diese sind stark genug, um ihre eigenen Spielregeln festzusetzen.

Es dürfte kaum zu bestreiten sein, daß die Privatwirtschaft in letzter Analyse tatsächlich auf immer größerem Gewinn aufgebaut ist. Der Präsident eines westlichen Großkonzerns mag für die berechtigten Lohnforderungen irgendwelcher armen Teufel in Kolumbien noch soviel Verständnis haben. Wenn es ihm nicht gelingt, vor seinen Aktionären steigende Gewinne auszuweisen, wird er abgesetzt und wird schon aus diesem Grund über seinen eigenen Schatten springen.

Zudem können auch Lohnerhöhungen sinisteren Zwecken dienen. So sollen bestimmte amerikanische Gruppen die Lohnforderungen lateinamerikanischer Fabrikarbeiter deshalb unterstützen, weil höhere Fabriklöhne auch höhere Endpreise bedeuten und die dadurch verteuerten Exportgüter in den Vereinigten Staaten eine weniger große Konkurrenz für die heimische Industrie darstellen. Wobei man sich im Westen bei Durchleuchtung solcher Vorkommnisse zwangsläufig nur mit der Situation in der ›offenen Gesellschaft‹ befassen kann.

Auch die Kampfansage der Dritten Welt gegen die ›Multis‹, die weitverzweigten multinationalen Industriekonzerne, ist nicht nur das Resultat böswilliger Propaganda. Es ist zweifellos richtig, daß die Multis Zehntausenden von Menschen Arbeit und Brot geben. Aber ebenso richtig ist es, daß sie ihre Gewinne aus den Entwicklungsländern herausziehen und sich dazu oft Praktiken bedienen, die im Gesetzbuch als Steuerhinterziehung bezeichnet werden. Erst kürzlich hat ein amerikanischer Bericht darauf verwiesen, daß ein bestimmter Konzern seiner Tochterfirma in einem Entwicklungsland für gelieferte Materialien einen um tausend Prozent überhöhten Preis verrechnet, so daß die Tochterfirma auf dem Papier keinen Gewinn aufweist und in dem ohnehin armen Entwicklungsland auch keine Steuern zu bezahlen braucht.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß etwa die amerikanische Regierung das Hungerproblem eher durch Wirtschaftshilfe als durch Handelskonzessionen gelöst sehen will. Mit etwas Publicrelations sollte es der Regierung leicht fallen, dem Kongress noch ein paar Dollarmillionen für Auslandshilfe abzurufen. Bei der Macht der Wirtschaftskonzerne würden es die Parlamentarier aber als politischen Selbstmord betrachten, verlangte man von ihnen, sie sollten ernsthaft für einschneidende Handelskonzessionen an die Dritte Welt eintreten.

Wieder kann man einräumen, daß die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern sofort ansteigen würde, wollten diese Länder ohne Einschränkung billige Hemden, Transistoren oder Schuhe importieren. In einer Demokratie — und in einer solchen wollen wir schließlich leben — würde eine Regierung solch großzügige Liberalisierung schon politisch nicht durchstehen. Wo also liegt die Lösung?

Den Stein der Weisen gibt es hier ebensowenig wie auf anderen Gebieten. Am nächsten sind ihm vielleicht noch jene Politiker der Dritten Welt und jene nachdenklichen Wirtschaftsleute des Westens, die nach einer ›Adjustierung‹, nach Maßhalten, nach einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Fortschritts im Westen rufen. Nicht um politischen Revoluzzern nachzugeben, sollte man auf diese Rufe hören, sondern um eine unausbleibliche Entwicklung vorauszusehen und auf sie vorbereitet zu sein. Der wirtschaftliche Fortschritt in den westlichen Ländern wurde ohnehin schon merklich gebremst. Wenn der Westen diese Entwicklung als logisch und unausweichlich hinnimmt, wenn er bereit ist, sich mit ihr konstruktiv auseinanderzusetzen, kann er sie steuern und sich darauf einstellen. Wenn nicht, wird er von ihr eines Tages überrannt werden und dann vielleicht die Ölländer um ›aid, not trade‹ angehen müssen.

Hans Szuszkiewicz

§ 60 der Erklärung und des Aktionsplans von Lima behandelt die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, und zwar auf subregionaler, regionaler und interregionaler Ebene (hier ist daran zu erinnern, daß ›Region‹ im Sprachgebrauch der VN mit ›Erdteil‹ zu übersetzen ist). Vorher werden in 16 Unterabschnitten des § 59 die Maßnahmen aufgeführt, mit denen Erklärung und Aktionsplan von Lima sich in erster Linie an die Industriestaaten wenden.

Auch hier ist der Bogen weit gespannt. Er reicht von der Beseitigung der Handelsschranken über die Finanzierung, die Ausbildung, die Aufforderung, die Herstellung von Synthetika einzuschränken, die Investitionen, ein Wohlverhalten der multinationalen Unternehmen bis zum Ersuchen, jede Art von Diskriminierung zu unterlassen und die Aufforderung, ›die Souveränität der Entwicklungsländer über ihre natürlichen Vorkommen sowie über deren Nutzung, Verarbeitung und Vermarktung‹ zu respektieren.

Einschneidende Begehren

Um die zum Teil tief in das Gefüge der Weltwirtschaft einschneidenden Begehren der Entwicklungsländer im Hinblick auf ihre Industrialisierung, die insbesondere die europäischen hoch entwickelten Staaten betreffen, um die berechtigten Anliegen zu begreifen, aber auch, um für die sachlich nicht vertretbaren Forderungen Verständnis aufzubringen, muß man sich die völlig verschiedenen Ausgangslagen für die Industrialisierung der mittlerweile hoch entwickelten Staaten im 18. und 19. Jahrhundert vergegenwärtigen und die der Entwicklungsländer heute. Damals waren Technik, Methoden und Mittel der Industrialisierung weitgehend unbekannt. Mit Experimenten und Erfindungen, Fortschritten und Rückschlägen tastete man sich in unbekannte Bereiche vor. Eine gelungene chemische Synthese war die Voraussetzung für den nächsten Versuch, die noch so einfache Maschine, die ein Handwerkszeug ersetzte, ein Mosaik mehr zu dem Fundament, auf dem das gegründet ist, was wir heute umfassend Maschinenbau nennen. Welch eine lange, organische, systematische Entwicklung von der Dampfmaschine bis zur Diesellokomotive und dem elektrisch betriebenen und computergesteuerten Eisenbahnzug!

Die Qual der Wahl

Die Entwicklungsländer sind am Beginn ihrer Industrialisierung heute in einer völlig anderen Lage, einer teils besseren, teils schlechteren; besser, weil ihnen die Kosten, Sorgen und Ängste eines risikoreichen Erfinder- und industriellen Pionierlebens weitgehend erspart bleiben (können). Ihnen stehen (theoretisch) die Ergebnisse der Wissenschaften und Techniken von Jahrhunderten zur Verfügung. Schlechter, weil sie ihre Industrien nicht etappenweise organisch aufbauen, sondern weil sie übernehmen, wenn man will, weil sie nachahmen, was andere gedacht, gebaut und praktiziert haben.

Zu allen psychologischen wie technischen Nachteilen des Nachahmens und Übernehmens kommt für die Entwicklungsländer noch die Qual der Wahl. Für sie ist die mittlerweile unübersehbar gewordene Fülle der industriellen Möglichkeiten ebenso verwirrend, wie die Auswahl dessen, was ihren besonderen Verhältnissen angemessen wäre.

Angewiesen, aber nicht ausgeliefert

Die Entwicklungsländer sind daher bei der Planung ihrer gesamten Industrialisierung und auch bei dem Aufbau leistungsfähiger einzelner Betriebe auf den Rat und die Erfahrung der Industriestaaten angewiesen, sie sind ihnen aber nicht ausgeliefert; denn zum einen ist der Bedarf der Entwicklungsländer an komplizierten Produktionen vorerst weit geringer als in den hoch industrialisierten Staaten; zum anderen verlassen jedes Jahr Tausende von eingeborenen Wissenschaftlern und Technikern die Fach- und Hochschulen. Sie stehen ihren afrikanischen, asiatischen oder amerikanischen Heimatländern